

Rurbrücke Abenden

Dass die Brücke dringend saniert werden muss, ist seit Jahren bekannt. Bei der letzten routinemäßigen Brückenprüfung, wurde das überdeutlich. Im Bauausschuss stellte der von der Stadt beauftragte Ingenieur 2-mal mehrere mögliche Varianten vor. Die Kosten wurden nicht billiger. Gegen unsere Stimmen beschloss der Ausschuss die teuerste Lösung. Die Kombination:

- Ratsmitglieder, die nicht wirklich an sparsamen Lösungen interessiert sind,
- und die Honorarordnung für Architekten und Ingenieure, die die Bezahlung in Abhängigkeit von den Baukosten regelt,

bringt eben entsprechende Mehrkosten. Aus der ursprünglichen Kostenschätzung von 940.547 € sind inzwischen 1.130.905 € geworden. Zusammen mit dem Ing.-Vertrag und den Zusatzkosten, über die wir nachträglich informiert wurden, sind es nun ca. 1,5 Mio. € geworden. Wir hatten eine billigere Variante bevorzugt, bei der auch auf den Bau einer Behelfsbrücke hätte verzichtet werden können. Die teuerste Lösung war mit der Möglichkeit, Fördermittel zu erhalten, begründet worden. Ob wir diese Mittel erhalten, ist noch nicht entschieden. Zur Begründung des Förderantrages wurde ein prächtiges "Verkehrskonzept" erarbeitet. Es stellt dar, dass Nideggen die gewaltigen Touristenmassen, die in Abenden über die Rur strömen, nur mit einer leistungsfähigen Brücke bändigen kann. Wenn es so wäre, wäre das erfreulich für den Nidegger Haushalt. Weniger erfreulich ist es für Steuerzahler. Fördergelder fallen nicht vom Himmel. Sie werden vom Steuerzahler erbracht. Wenn sie in NRW mit relativ dürrigen Begründungen verplumpert werden, bezahlen **wir** das.

Kalter Abbruch

Weit weniger interessant scheint das Brücklein bei der Ölmühle Gödersheim. Bei der Brückenprüfung 2013 lauteten die Empfehlungen: Mauerwerksfugen und Gesteinsausbrüche instandsetzen, Fahrbahnbelag instandsetzen, Bauwerk freischneiden. Nach einem Winter waren Teile der seitlichen Fahrbahnbegrenzung eingebrochen. Das tragende Gewölbe war noch voll erhalten. Noch wäre die Sanierung mit wenigen Tausend € möglich gewesen. Statt dessen wurde die Brücke gesperrt und dem Bauausschuss eine Komplettinstandsetzung für 135.000 € vorgeschlagen. Das war entschieden zu teuer. Zwei weitere Vorschläge für 68.358 €, dann 50.000 € folgten. Dass der Bauausschuss die Sanierung für max. 10.000 € beschloss, bewegte nichts. Der

Bauamtsleiter war damit nicht einverstanden. Nachdem wir den Bürgermeister nach seiner Amtsübernahme 3-mal um Abhilfe gebeten hatten, folgte die endgültige Lösung: Der notdürftig verschleierte langsame Abbruch. In noch intakte Asphaltstellen wurden Löcher für Eisenstangen gebohrt und ein Holzgeländer in der vorschriftsmäßigen Höhe von 1,20 m befestigt. Vorher gab es kein Geländer. Jetzt ist sichergestellt, dass noch mehr Wasser bis zum Gewölbe eindringen kann und sich das Problem nach ein bis zwei Wintern endgültig erledigt hat. Ist das noch Verwaltung städtischen Eigentums oder schon Sabotage?

Brandschutzbedarfsplan

Die Gemeinden sind verpflichtet einen Brandschutzbedarfsplan zu erstellen und im 5-jährigen Rhythmus fortzuschreiben. Der Plan soll Ist- und Soll-Zustand gegenüberstellen und den Weg zur Erreichung des Soll-Zustandes aufzeigen. Ein Brandschutzingenieur kann dafür rund 30.000 € verlangen. Wie schon 2011 erbrachte die Wehrleitung diese Leistung kostenlos. Der Entwurf wurde dem Haupt- und Finanzausschuss vorgelegt. Dort hätte man ihn durchwinken können, oder auch vorher durchlesen. Wir stellten 11 Änderungsanträge; vorwiegend redaktionelle Verbesserungen und 3 Punkte, über die man vernünftig beraten könnte. Das ging nicht. Herr Fischer (CDU) und Herr Keß (SPD) erklärten, dass ihre Fraktionen alle 11 Anträge aus Prinzip ablehnen würden, weil sie von den Anträgen überrascht seien. Wir zogen die Anträge zurück. Somit haben sie Zeit darüber nachzudenken.

Ratsarbeit

Dass manche unserer Politiker häufig unvorbereitet an Sitzungen teilnehmen, ist ein offenes Geheimnis. Das Verhalten der Herren Fischer (CDU) und Keß (SPD) im Ausschuss war aber ein Extrembeispiel Nidegger Rats"arbeit":

- Sie verlangten doch tatsächlich, dass wir das Ergebnis unserer Fraktionssitzung ihnen schriftlich vor Ihrer Fraktionssitzung zur Verfügung stellen.
- Damit dokumentierten sie öffentlich die peinliche Dürftigkeit ihrer eigenen Sitzungsvorbereitung. Nun wird der Brandschutzbedarfsplan dem Rat unverändert zum Beschluss vorgelegt werden. Wir werden unsere Anträge erneut vorlegen und noch ergänzen – aber erst in der Sitzung. Auch die Herren Fischer und Keß dürfen sich in unserer Fraktionssitzung informieren.

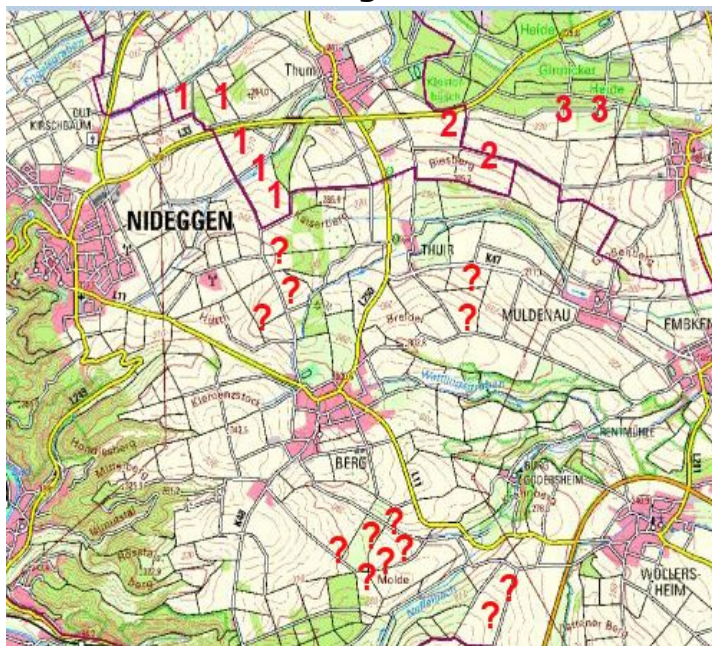
Aufwandsentschädigung für die Feuerwehr ?: Im Nidegger Stadtgebiet soll noch genügend Platz für Windräder sein. **Wollen Sie das?**

Frau Göckemeyer hatte 2012 eigenmächtig Kreuzau angeboten, eine gemeinsame Konzentrationszone beiderseits der Stadtgrenze zu planen. Gleichzeitig blockierte sie alle unsere Versuche im zuständigen Ausschuss Einfluss auf die Erarbeitung des Nidegger Flächennutzungsplanes (FNP) zu nehmen. Sie verließ sich auf die Regel "Wenn MFN dagegen ist, sind alle anderen dafür". Diesmal funktionierte es nicht. 2014 stoppten CDU, MFN und FDP die Nidegger Planung. Das war notwendig, damit Nideggen kein Windindustriegebiet wird.

Kreuzau plante fröhlich weiter. Gegen den Kreuzauer Flächennutzungsplan wird Nideggen klagen, sobald er rechtskräftig ist. Obwohl er noch nicht rechtskräftig ist, begann der Kreis schon die Bauanträge für 2 Windräder (**2**) nördlich Thuir zu bearbeiten. Jeder kann dagegen Einwendungen **bis 07.10.16** abgeben (Die Bekanntmachung steht auf der Webseite der Stadt. Nur Einwender haben beim Erörterungstermin Rederecht). Auch die Stadt wird das mit Hilfe eines Rechtsanwaltes tun. Die Kosten, die Nideggen entstehen, sind **notwendige Ausgaben um die Rechte Nidegger Bürger zu sichern**.

Als nach dem Bürgermeisterwechsel Herr Schruff (REA GmbH) erneut bei der Stadt mit Windradplänen vorstellig wurde, beschlossen CDU, MFN und FDP die Aufstellung eines neuen FNP. Dies gibt uns 2 Jahre Zeit Windradbauanträge in Nideggen abzuwehren. Bei der Erarbeitung des FNP werden wir sehr genau darauf achten, dass alle rechtlichen Vorgaben genauestens eingehalten und Mensch und Natur so wenig wie möglich geschädigt werden.

Windige Pläne



- 1**: 5 Windräder will Kreuzau westlich Thum an unsere Stadtgrenze stellen. Höhe: **175 m**.
- 2**: 2 weitere Windräder will Kreuzau nördlich Thuir auch an unsere Stadtgrenze stellen. Höhe: **200 m**.
- 3**: Zum Vergleich: Die beiden bestehenden Windräder bei Ginnick sind ca. **70 m** hoch.

Die Windradlobby leistet hervorragende Arbeit. Obwohl z.B. bereits ausreichende Belege aus nationalen und internationalen medizinischen Quellen über die Gefährdung durch Infraschall vorliegen, gilt auf Bundes- und Landesebene: Weitermachen. Es gibt Untersuchungsbedarf und Studienaufträge, aber weiterhin werden Frequenzen unter 20 Hz nicht gemessen. Das ist so verantwortungsvoll, als würden neue Medikamente sofort zum Verkauf freigegeben und erst gesperrt werden, wenn genügend Nebenwirkungen bewiesen sind.

2025 will die Landesregierung 30 % des Stromverbrauches durch erneuerbare Energien decken. Das wird nur gehen, wenn der ländliche Raum mit Windrad-Wäldern überzogen und über Hundert von Pumpspeicherkraftwerken gebaut werden. Wir können das auf kommunaler Ebene nicht beeinflussen. **Sie** können ihre Landtags- und Bundestagskandidaten dazu befragen.